



**SGB-DV vom 25.5.2018 / Service public**  
**Daniel Münger, syndicom**

## **Stark und gratis**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Über zwei Dinge müssen wir uns nicht streiten. Erstens, ein guter Service public ist notwendig. Und zweitens, die öffentlichen Dienstleistungen stehen unter erhöhtem Abbau-Druck.

Doch mir scheint, dass wir viel zu lau und viel zu defensiv darüber sprechen und debattieren. Das beginnt schon mit dem Begrifflichen.

Der Service public ist kein nettes Accessoire, keine Komfortzone des Sozialstaates. Und es geht auch nicht nur um die Verteidigung von Arbeitsplätzen.

Der Service public ist Gemeingut. Er verkörpert das Allgemeininteresse. Historisch und politisch ist er, wie die Sozialversicherungen, als grundlegende Voraussetzung für Demokratie und sozialen Frieden entstanden.

Die Sozialwerke sind Service public, sie sichern eine würdige materielle Existenz.

Das Gesundheitswesen, die Versorgung mit Strom, Wasser, Wärme sichert den Menschen die physische Existenz.

Die Mobilität, die Infrastruktur, sie sichert den Menschen den Zugang zur Gesellschaft.

Physische, materielle Existenz und Zugang zu unserer Gesellschaft. Service public ist nichts anderes als die Anerkennung einer minimalen Gleichheit. Erst dies macht die Menschen ohne Besitz zu Bürgerinnen und Bürgern.

Heute müssen wir ein klares Wort sprechen. Also eine eindeutige politische Bewertung vornehmen. Nennen wir zuerst den Grundsatz: Die öffentlichen Dienste sollen stark und auf dem neuesten Stand der Bedürfnisse sein – und in der Regel gratis.

Frontale Privatisierungsattacken, wie sie etwa Avenir Suisse fordert und wie sie die SVP und die FDP immer wieder versuchen, haben wenig Chancen vor dem Volk, wie z.B. unsere Umfrage zur Privatisierung der Swisscom zeigte. Aber gegen den klaren Volkswillen beschleunigen die Bürgerlichen und die Grossaktionäre die neoliberale Zerstörung auch auf weniger offensichtlichen Wegen.

Denn sie wollen zwei Dinge: Sich neue Profitquellen erschliessen. Und die Bürgerinnen und Bürger durch Deregulierung und heimliche Privatisierung möglichst schutzlos zurücklassen.

Wenn sich die Post aus der Fläche zurückzieht, wenn der Bund als Besitzer die Swisscom zwingt, trotz Milliardengewinnen in zwei Jahren 1400 Jobs abzubauen, um noch mehr Geld abzuschöpfen, dann ist das ein Angriff auf das Allgemeininteresse.

Wir alle kennen solche Beispiele, im Spitalbereich, im Schulwesen, beim öffentlichen Verkehr und so weiter und so weiter.

Dabei greifen die Zerstörer oft zu kleinen Tricks.

Was ist schon gegen einen Postverteilschluss 12.30 Uhr einzuwenden, wie er jetzt auch im Ständerat beschlossen werden soll? Nun, er macht 1500 Pöstler zu Halbtagsangestellten, die von ihrem Lohn nicht mehr leben können.

Der vorprogrammierte nächste Schritt ist dann die Auslagerung an private Unterakkordanten, die mit miesen Arbeitsbedingungen und Löhnen arbeiten. Und das Ende der zuverlässigen flächendeckenden Verteilung ist dann nur noch eine Frage der Zeit.

Die Liste der manchmal sogar gesetzeswidrigen Auslagerungen durch die öffentlichen Betriebe ist bereits lang.

Der Hebel ist überall und immer derselbe:

Die Austeritätspolitik.

Absurde Sparbefehle auf allen Ebenen.

In den öffentlichen Betrieben, in Gemeinden, Kantonen und Bund.

Oft kombiniert mit obszönen Steuersenkungen für die Reichen.

Übrigens: Der ökonomische Irrsinn eines zusammengesparten, überschüssigen

Bundeshaushaltes in Tiefstzinszeiten bei gleichzeitig rasch wachsenden

Modernisierungsbedürfnissen der Dienste und Infrastrukturen,

der müsste für uns schon Grund genug sein für eine deutliche Positionierung.

Und vielleicht auch folgender Gedanke: Dass der Abbau des Service public massgeblich zum Aufstieg des ultrarechten Populismus beiträgt.

Ich will sagen: Wenn wir heute über die öffentlichen Dienste reden, sollten wir die Klageleier im Schrank lassen.

Was wir heute fordern müssen, ist der offensive Ausbau des Service public.

Wir brauchen erstens Kostenwahrheit und die Durchsetzung des Prinzips, dass ein Service public nur ein Service public ist, wenn er im Prinzip gratis zugänglich ist.

Zweitens eine klare, positive Identifizierung jener Dienste, die modernisiert werden müssen.

Und drittens auch die Skizzierung neuer öffentlicher Dienste.

Der dritte Punkt verlangt unsere Aufmerksamkeit. Zugang und Chancengleichheit als Voraussetzungen für eine Demokratie bedeuten in Zeiten des digitalen Umbaus:

Wir brauchen eine starke öffentliche Hand, weil sonst die unsichtbare Hand der Aktionäre die Grundlagen unseres Gesellschaftsmodells zerstört.

Wir fordern eine soziale Digitalisierung. Das reicht von einem sicheren Arbeitsrecht über Ausbildungsoffensiven, Datenschutz und öffentlichen Investitionen in den niederschweligen Zugang zu allen Technologien und die demokratische Kontrolle der Digitalkonzerne, bis hin zu einem eigentlichen digitalen Service public.

Das ist das Gebot der Stunde.

Wie bringen wir Zugang, Chancengleichheit und soziale Sicherheit durch Service public voran? Wir denken, heute wäre auch der Moment, über eine mögliche Volksinitiative für den Service public zu diskutieren.

syndicom hat an ihrem Kongress Forderungen vorgelegt, die Grundlagen für eine breite Diskussion in diese Richtung bieten. Packen wir es gemeinsam an.